Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belagexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatts-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unsl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 307. Montag den 3. November 1890. 84. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß für die Aufbewahrung und Verwaltung von Werthpapieren bei der Reichshauptbank vom 1. Januar 1891 ab für das Jahr eine Gebühr von ½ vom Tausend, bei im Auslande ausgestellten Papieren von ¾ vom Tausend — also 50 bezw. 75 ₰ für je angefangene 1000 ℳ des Nennwerthes der Papiere — mindestens aber 1 ℳ für jeden Depotschein zu entrichten ist. Dagegen wird von demselben Zeitpuncte ab für die Einziehung der Zinsscheine am Sitze einer Zweiganstalt der Reichsbank sowie für das Nachsehen der Verloosungslisten und der Bekanntmachungen über die Kündigung und Convertirung der Papiere eine besondere Gebühr nicht mehr erhoben.

Die Auszahlung der eingehenden Beträge erfolgt in Berlin spätestens am dritten Werktage, bei den Reichsbankanstalten spätestens am achten Werktage nach Fälligkeit.

Die Herausgabe von Zins- und Gewinnantheilsscheinen zur Selbsteinziehung findet vom 1. Januar 1891 ab nur noch bei im Auslande ausgestellten Papieren statt, sofern dies bei der Niederlegung der Papiere ausdrücklich beantragt worden ist.

Die Besorgung neuer Zins- und Gewinnantheilsscheine erfolgt seitens der Reichsbank nur dann, wenn die betreffende Anweisung (Talon) mit den Papieren deponirt ist oder die Abholung gegen Vorzeigung der Papiere selbst erfolgen kann.

Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß wir unser Comptoir für Werthpapiere ermächtigt haben, zur Benachrichtigung der Deponenten über Kündigungen und Convertirungen ganzer Gattungen oder Serien von Werthpapieren sich fortan des Deutschen Reichs- und Königlich preuß. Staatsanzeigers sowie anderer geeigneter öffentlicher Blätter zu bedienen, welche s. Z. durch Aushang im Comptoir für Werthpapiere sowie bei den Reichsbankanstalten werden bekannt gemacht werden.

Für die schon vor dem 31. December d. J. niedergelegten Werthpapiere tritt die Veränderung der Gebühren erst mit dem im Laufe des Jahres 1891 beginnenden neuen Depositionsjahre in Kraft. Im Uebrigen finden die vorstehenden Bestimmungen auch auf die bereits bestehenden Depots gleichmäßige Anwendung.

Berlin, den 31. October 1890.

Reichsbank-Directorium.
Koch. Gallenkamp.

Amtliche Bekanntmachungen.

Wohnungs-Vermiethung.

Im **städtischen Feuerwehrdepot in Leipzig-Reudnitz, Marschallstraße Nr. 2,** ist die in der **1. Etage links gelegene Wohnung,** bestehend aus 4 Stuben, 1 Kammer, 1 Küche, sowie Bodenraum und Kellerabtheilung vom **1. Januar kftg. Jahres** an gegen **einhalbjährliche Kündigung** anderweit zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, den 29. October 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 6988. Dr. Georgi. Wagner.

Versteigerungsbekanntmachung.

Erbtheilungshalber soll das zu **Großbardau** unter Nr. 26 des Brand-Kat. (Fol. 70 des dortigen Grundbuchs) gelegene **Mühlengut** des verstorbenen Gemeindeältesten **Ernst Louis Uhlich** nebst todtem und lebendem Inventar an Ort und Stelle im bezeichneten Nachlaßgrundstück

am 27. November dieses Jahres, Vormittags 11 Uhr

meistbietend freiwillig versteigert werden.

Das Gut ist mit einem Wohn- und Mühlengebäude nebst Keller, Backofen, Milchgewölbe und Knochenstampfstube, zwei gewölbten Ställen nebst Getreide- bez. Heuboden, einer Scheune nebst Schweineställen, Kohlenschuppen, Taubenschlag, Feld, Wiese und Eichenwald versehen, 31 Hektar, 45,4 Ar groß, mit 877,22 Steuereinheit im Betrage, auf 22 200 ℳ einschließlich des Mühlgangs bei der Brandcasse versichert, vollständig hypothekenfrei, mit 65 ℳ 16 ₰ jährlichen Landrenten belastet und gerichtlich auf 61 140 ℳ taxirt.

Die Versteigerungsbedingungen werden im Verkaufstermin bekannt gegeben werden und sind vorher an hiesiger Amtsstelle des unterzeichneten Gerichts einzusehen.

Grimma, 16. October 1890.

Königl. Amtsgericht.
Forkel.

Bekanntmachung.

Auf Antrag der Erben des Hammerwerksbesitzers **Carl Friedrich Leonhardt** in Wildenthal soll

Montag, am 8. December 1890, Vormittags 10 Uhr

im **Gasthofe zu Wildenthal** das dem Verstorbenen zur Hälfte zugehörig gewesene Besitzthum, Folium 1 und 55 des Grundbuchs für Wildenthal, bestehend aus zwei Schneidemühlen, einer Schmiede, mehreren Wohnhäusern, darunter dem sogenannten Herrenhause, Gärten, Feldern, Wiesen mit Wasserkräften, öffentlich und zwar in der Weise versteigert werden, daß

a. zuerst das Besitzthum im Ganzen, sodann
b. in folgenden einzelnen Theilen: 1) die Schmiede, 2) das Wohnhaus Nr. 21, 3) das Wohnhaus Nr. 13, 4) das Haus Nr. 10 des Brandcatasters, zu 2—4 je mit anstoßendem Garten, 5) die Schneidemühlen- und übrigen Grundstücke, endlich
c. die ideelle Hälfte des ganzen Besitzthums ausgeboten und der Zuschlag alsdann auf das für die Erben vortheilhafteste Gebot ertheilt wird.

Die Grundstücke sind durch die Ortsgerichte auf 65 142 ℳ ausschließlich der Wasserkräfte, diese aber von einem Sachverständigen auf 20 000—25 000 ℳ, von einem zweiten auf 42 000 ℳ gewürdert worden.

Ein Zehntheil der Erstehungssumme ist im Termine baar zu bezahlen oder sicher zu stellen. Die sonstigen Kaufsbedingungen werden im Termine bekannt gemacht, können auch bei dem unterzeichneten Amtsgerichte eingesehen werden.

Eibenstock, am 1. November 1890.

Königliches Amtsgericht.
Lanzsch.

Leipzig, 3. November.

* In der Reichstagssession 1889/90 gab der Staatsminister von Bötticher die Erklärung ab, daß er gerne bemüht sein werde, soweit das irgend mit den in Betracht kommenden Interessen vereinbar sei, eine Vermehrung der etatsmäßigen Stellen beim Statistischen Amte herbeizuführen. Dem Vernehmen nach hat man sich in der Zwischenzeit regierungsseitig mit dieser Frage eingehend beschäftigt und dürfte dieselbe dahin gelöst sein, daß nunmehr beabsichtigt wird, eine beträchtliche Zahl von Hilfsarbeiterstellen in etatsmäßige Assistentenstellen zu verwandeln. Auch wird diese Absicht nicht auf das Statistische Amt beschränkt. Bei der Normal-Aichungs-Commission, beim Reichsversicherungs-Amte und bei der Physikalisch-technischen Reichsanstalt sollen ebenfalls, wenn auch bei diesen Behörden nur in geringerem Umfange, Diätarstellen zu festbesoldeten erhoben werden.

* Innerhalb der deutschfreisinnigen Partei bildet sich allmälig eine Richtung heraus, welche die Grenze gegen die Socialdemokratie kaum mehr erkennen läßt. Recht interessant war in dieser Hinsicht eine vor einigen Tagen in Jena abgehaltene Versammlung, in welcher die Reichstagsabgeordneten Harmening-Eisenach und Wilisch-Schmalkalden sprachen. Der letztere machte Herrn Eugen Richter aus dem Kampf, den er gegen die Socialdemokraten führe, einen schweren Vorwurf; von zwanzig socialdemokratischen Forderungen müsse er fünfzehn bestimmen; die Socialdemokraten ständen ihm weit näher als die Nationalliberalen. Ein Herr Passarge, Verleger einer deutschfreisinnigen Zeitung, erklärte, daß Freisinnige und Socialdemokraten zusammenhalten müßten; diese Parteien seien allein staatserhaltend, alle anderen seien staatsstürzend und Todfeinde einer gesunden Entwickelung. Aus der Zeitung dieses deutschfreisinnigen Herrn werden folgende Bemerkungen citirt: Das Sedanfest bezeichnete er als ein Fest für Kinder und solche, die es ewig bleiben wollen. „Unsere Bauern sind nicht mehr zufrieden mit der Musik von Kaiser und Reich und folgen dem, der bessere Staatseinrichtungen fordert." „Eine plötzliche Abschaffung des Königshauses zu verlangen, fällt uns nicht im Traum ein."

* Dem Amtsgerichtsrath Alexander zu Königsberg i. Pr. ist, wie seiner Zeit mitgetheilt, eine amtliche Mahnung wegen der Art seiner Betheiligung am öffentlichen politischen Leben zugegangen. Auf erhobenen Widerspruch wurde, dem Verlangen des mit einer Rüge Beachten entsprechend, eine Disciplinar-Untersuchung eingeleitet und Herr Alexander vor den Disciplinarsenat des Oberlandesgerichts geladen, unter der Anschuldigung, „dadurch, 1) daß er dem notorisch regierungsfeindliche Tendenzen verfolgenden Wahlverein der deutschen freisinnigen Partei als Mitglied beigetreten; 2) daß er in einer am 11. Juni d. J. stattgehabten Versammlung dieses Vereins wiederholt als Redner aufgetreten und einen Gesetzentwurf der Regierung in agitatorischer Weise bekämpft hat, die Pflicht verletzt zu haben, die ihm sein Amt auferlegt, resp. durch sein Verhalten außer dem Amte sich des Vertrauens, das sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt zu haben." — Der Disciplinarsenat hat nun, wie die „Königsberger Hartung'sche Zeitung mittheilt, dahin entschieden, daß Herr Alexander von dem ihm zur Last gelegten Dienstvergehen freizusprechen und die ertheilte Mahnung aufzuheben sei.

* * *

* Nicht nur die Polen, auch die Czechen richten jetzt ihre Angriffe gegen den Fürstbischof Dr. Kopp wegen dessen die Anwendung der polnischen Sprache beim Unterricht betreffenden Erlasses. Ein Correspondent der Prager „Politik" zieht scharf dagegen zu Felde. Das polnische und böhmische Volk in seiner Diöcese betrachte seine, auf die Verdrängung der slawischen Sprache abzielenden Anordnungen, als ein Attentat auf den Glauben und sei entschlossen, seinen Glauben zu vertheidigen. Das Volk frage erstaunt, ob denn der Bischof von Breslau bereits zum lutherischen Glauben übergetreten sei, und die Geistlichkeit erkläre unumwunden, sie werde sich seinen Anordnungen nicht fügen. Wenn der Bischof Dr. Kopp seine Anordnungen auf diejenigen Theile Oesterreich-Schlesiens, welche zu seiner Diöcese gehören, ausdehnen sollte, so dürfte sich der Conflict noch bedeutend verschärfen. Es verlaute jetzt schon, daß der Krakauer Fürstbischof Dr. Dunajewski beim Heiligen Stuhle über die Anordnungen des Bischofs Kopp Beschwerde führen werde.

* Die Bildung des neuen Cabinets Delyannis macht langsame Fortschritte. Allerdings hatten die Neuwahlen den bisherigen Ministerpräsidenten Trikupis in eine hoffnungslose Minderheit versetzt, allein Delyannis hat darum nicht die unbedingte Mehrheit. Es ist die von Ralli geführte Mittelpartei von etwa 20 Abgeordneten, welche das Zünglein der Waage in der aus 150 Mitgliedern bestehenden Kammer hält. In einer Mittheilung der „Times" aus Wien wird der Jubel, mit welchem die französische Presse den Fall des Ministeriums Trikupis begrüßt, als übel angebracht bezeichnet, da gerade die Thatsache, daß der bisherige Premier in letzter Zeit sehr unter dem Einfluß des französischen Gesandten de Montholon gestanden, den Argwohn und die Besorgniß der deutschen und österreichischen Regierung rege gemacht habe. Dem entsprechend werde heute sein Sturz in Wien und Berlin mit entschiedener Erleichterung begrüßt. Im weiteren wird sodann berichtet, es sei der Plan des letzten Premiers gewesen, plötzlich einen Vorwand zum Streite mit der Pforte vom Zaune zu brechen, die türkischen Verbindungen mit Kreta, Chios und den übrigen Inseln abzuschneiden und Smyrna zur See anzugreifen. Die griechischen Panzerfahrzeuge seien im kampfbereiten Zustande und hätten einen Rückhalt in einer guten Flottille von Kanonen- und Torpedobooten, während nach allen Berichten die türkische Flotte sich in übler Verfassung befinde. Wenn es den Griechen geglückt wäre, zur See einen Vortheil gegen die Türkei davonzutragen, so würde die Wirkung auf die öffentliche Meinung in Europa ohne Zweifel eine sehr bedeutende gewesen sein. Trikupis habe jedenfalls darauf gerechnet, daß die Großmächte alsdann der Pforte in den Arm gefallen sein und die Vergeltung zu Lande nicht nur abgewandt, sondern zu einer Gebietsabtretung gerathen haben würden. Es scheint, daß es diese Beschuldigungen sind, welche Trikupis in einer Unterredung mit dem Berichterstatter des „Matin" bestritten haben soll.

* Bezüglich des geplanten Garibaldi-Denkmals in Dijon bemerkt der „Soleil", Garibaldi habe sich stets gegen die Abtretung Nizzas und Savoyens an Frankreich ausgesprochen. Er habe 1870 nicht die Sache Frankreichs, sondern der Weltrevolution vertreten. Seine Hilfe habe auch wenig Nutzen gebracht, dagegen seien die Garibaldianer durch Raub und Zuchtlosigkeit der Schrecken der französischen Bauern gewesen. General Bressoles schrieb am 11. November 1870 an die Nationalregierung: „Die Garibaldianer fliehen nach Besançon und bringen die Zuchtlosigkeit und Liederlichkeit mit sich. Sie haben sich, wie ihre Führer schreiben, „reorganisirt", d. h. die Staatsmagazine geleert. Ich bin der Ansicht, ihnen nichts mehr zu geben und sie vor ein Kriegsgericht zu stellen." Der „Soleil" bemerkt: „Wenn wir Garibaldi ein Denkmal errichten, so werden dies die Italiener nur als eine Kriecherei ihnen gegenüber ansehen und uns auslachen."

* Ueber die Mc Kinley-Bill hat sich auch Karl Schurz ausführlich geäußert, und zwar vor einer zahlreichen Versammlung aus allen Gesellschaftsclassen im Saale des Reformclubs zu Massachusetts, worüber die „New-Yorker Staats-Zeitung" auszugsweise berichtet. Der Redner führte den Nachweis, daß die Geschichte des Drängens nach immer höheren Schutzzöllen in den Vereinigten Staaten zugleich die Geschichte der wachsenden öffentlichen Corruption sei. Er schloß:

Es hat eine Zeit gegeben, zu welcher der Amerikaner vor der Welt als der Typus eines Mannes stand, der sich selbst hilft. Er war der „Hilf Dir selbst-Mann", und das war sein Stolz. Und was erblicken wir jetzt? Von Tag zu Tag mehrt die Schaar der amerikanischen Bürger, welche die Regierung als ein Mittel betrachten, um ein Geschäft zu erlangen, sich Profite zu sichern und Verluste zu verhindern. Und sogar die Farmer, einst die thatkräftigste Classe unserer Bevölkerung, anstatt von der Regierung zu fordern, daß diese die drückenden Bürden von ihr nimmt, sucht und forscht nach allem Möglichen, damit die Regierung sie in ihre väterlichen Arme schließen und ihre Wohlfahrt herbeiführen könne. Gerathet die Idee nicht immer mehr Grund, daß die Regierung ein großer Sack voll Beute für Diejenigen ist, welche „smart" genug sind, mit ihren Händen hineinzulangen; daß Diejenigen, welche das fertig bringen, nicht zu tadeln, sondern zu beneiden sind und Nachahmung verdienen!

Im weiteren Verlauf seiner Rede kam Herr Schurz auf die letzte Präsidentschafts-Campagne zu sprechen und wies auf die allgemein bekannte Thatsache hin, daß nie zuvor seitens der begünstigten Industrien so große Geldsummen für Wahlzwecke beigesteuert wurden und daß die Mc Kinley-Bill als Belohnung für die Geldspenden passirt wurde. Senator Ingalls habe ja selbst für Diejenigen gesprochen, welche das Geld beigesteuert, indem er erklärte, das sei eine vollständig richtige Maßregel in einem politischen Krieg.

Kein Volk, welches sich durch allgemeines Stimmrecht selbst regiert, kann eine Reihe von allgemeinen Wahlen, in welchen es sich nur um Millionen und Millionen Dollars handelt, haben, ohne daß es in seinem politischen Leben gänzlich demoralisirt und corrumpirt wird. Ich unterschätze die Wichtigkeit des Tarifs in seiner Beziehung zur Volkswirthschaft nicht. Aber bei uns hat die Tariffrage aufgehört, eine Volkswirthschaftsfrage zu sein. Es ist vielmehr eine Frage geworden, welche den Charakter des amerikanischen Volkes und die Lebensfähigkeit unserer freien Institutionen angreift.

* Von der gesetzgebenden Versammlung der Colonie Victoria wurde der Regierung ein Mißtrauensvotum ertheilt; das von Gillies gebildete Ministerium hat infolge dessen seine Entlassung gegeben. Die Ursache der Niederlage der Regierung ist der Abfall einer Anzahl von Arbeiterdeputirten, welche von den Leitern des Ausstandes beeinflußt waren.

Zur parlamentarischen Lage.

NLC. Berlin, 1. November. Am 4. November tritt, wie bekannt, die Arbeiterschutzcommission des Reichstages wieder zusammen und darf für ihre Verhandlungen, trotz der bald beginnenden Concurrenz des Abgeordnetenhauses, ein starkes Interesse beanspruchen. Sie hat den größten Theil ihrer Aufgabe noch zu erledigen. Nicht nur ein erheblicher Theil der eigentlichen Arbeiterschutzbestimmungen ist noch rückständig, es hat sodann auch die Berathung der Ordnungsvorschriften, der die Verstärkung von Zucht und Recht in den Arbeiterverhältnissen bezweckenden Vorschläge stattzufinden, welche die Geister noch tiefer aufregen werden, als jene andern Bestimmungen und sich möglicherweise zu einer für das Zustandekommen des ganzen Gesetzes sehr kritischen Frage gestalten könnten. Im gegenwärtigen Reichstag, wo die Majoritätsparteien vom Gegencartel alle den Socialdemokraten so tief verpflichtet sind und eine falsch verstandene, vermeintliche Arbeiterfreundlichkeit vielfach die zulässigen und möglichen Grenzen überschritt, wird man nur mit schweren Besorgnissen der Berathung jener Zucht- und Ordnungsbestimmungen entgegensehen können, die zwar im wohlverstandenen Interesse der ordentlichen Arbeiterbevölkerung liegen, aber von der demagogischen Agitation natürlich aufs Heftigste bekämpft werden. Die Reichstagsmehrheit, soweit sie in der Commission zum Ausdruck kam, hat schon bisher in verschiedenen ihrer Beschlüsse den Beweis geliefert, daß sie in der Sucht nach Popularität in den Arbeiterkreisen wichtige Interessen des Erwerbslebens und dringende Forderungen der praktischen Zweckmäßigkeit zu leicht zu nehmen geneigt ist. Schon gegen die bisherigen, über die Bundesrathsvorlage hinausgehenden Beschlüsse hat sich aus den Kreisen der Arbeitgeber starker und durch die thatsächlichen Verhältnisse und Bedürfnisse begründeter Widerspruch erhoben, und die vorbehaltene zweite Lesung oder die Verhandlung im Plenum wird noch manches zu corrigiren haben, wenn das Gesetz in annehmbarer und seinen Zweck erfüllender Gestalt zu Stande kommen soll. Es ist eine außerordentlich verantwortungsreiche Aufgabe, welche jetzt der weiteren parlamentarischen Bearbeitung unterzogen wird, und das Vertrauen, daß immer nur ruhige sachliche Prüfung den Ausschlag giebt, ist durch die Behandlung dieser Fragen seitens der radicalen Parteien und leider auch des Centrums einigermaßen erschüttert worden.

Marine.

* Für die deutsche Marine befinden sich gegenwärtig 11 große Kriegsschiffe und 70 Torpedoboote im Bau.

* Berlin, 1. November. S. M. Kanonenboot „Iltis", Commandant Corvetten-Capitain Aschen, ist am 31. October d. J. in Shanghai eingetroffen.

* Kiel, 1. November. S. M. Aviso „Greif" ist heute Mittag in Dienst gestellt worden.

* Am 1. November ist S. M. Kreuzer „Möwe" in Dienst gestellt worden zur Entsendung nach der ostafrikanischen Station, um die dortigen sehr unsicheren Gewässer zu vermessen. Der Kreuzer wird zwei Jahre in Ostafrika bleiben, um dann gänzlich aus den heimischen Fahrzeugen der kaiserlichen Marine ausgeschieden. Die „Möwe" ist nicht den Kreuzern „Albatroß" und „Nautilus" das ältere Schiff ihrer Classe und kehrte am 16. October 1889 nach 5½jähriger Abwesenheit nach Kiel zurück, woselbst sie auf der kaiserlichen Werft einer umfassenden Reparatur unterworfen wurde. Wie in jüngster Zeit alle aus dem Auslande heimkehrenden Kriegsschiffe, hat auch die „Möwe" und ihre Besatzung bei vielen bedeutungsvollen Ereignissen mitgewirkt. Zuerst nach der westafrikanischen Station bestimmt, verließ die „Möwe" unter dem Commando des damaligen Corvetten-Capitains Hoffmann am 15. April 1884 den Hafen von Kiel und begab sich über Gibraltar nach der Station, woselbst das Schiff bis Ende Juni 1885 verblieb. Mit Dr. Gustav Nachtigal hat die „Möwe" an dieser Küste verschiedene kleinere Reisen ausgeführt, die mit der Besitzergreifung der Colonie Kamerun in Verbindung standen. Bekannt ist, daß Nachtigal auf der Rückkehr nach Europa an Bord der „Möwe" im Frühjahr 1885 dem Tropenfieber erlag. Im Lissaboner erfolgte eine Auswechselung der Besatzung. Das Schiff trat dann in den Verband des damals unter dem Befehle des Contreadmirals Knorr stehenden Kreuzergeschwaders, welches an der ostafrikanischen Küste stationirt war. Nachdem am 9. Januar 1886 die übrigen Schiffe des Kreuzergeschwaders von Zanzibar nach Sidney in See gegangen waren, übernahm die „Möwe" mit dem Kanonenboot „Hyäne" gemeinschaftlich den Dienst auf der Station und verblieb mit denselben vor Zanzibar bis zum 28. Juni 1886, an welchem Tage die Reise nach Aden angetreten wurde, woselbst zum zweiten Male ein Besatzungswechsel erfolgte. Die eine Hälfte der Besatzung trat die Heimreise an. Vom Stabe des Schiffes wurde der Commandant Capitain zur See Hoffmann durch den Corvetten-Capitain Boeters ersetzt. Am 10. November 1886 kehrte die „Möwe" von Bombay aus nach Zanzibar zurück. Am 20. November 1887 lichtete die „Möwe" die Anker, um in Aden die Besatzung abermals zu wechseln. Der Commandant Capitain Boeters war krankheitshalber in die Heimath zurückgekehrt und an seine Stelle der Corvettencapitain Riedel getreten. Darauf verblieb die „Möwe" nach ihrer Rückkehr bis zum 13. August 1889 in Zanzibar im Verbande des von Contreadmiral Deinhardt befehligten Kreuzergeschwaders. An dem schweren Blockadedienst und den Gefechten und Expeditionen an der ostafrikanischen Küste hat auch der Kreuzer „Möwe" erfolgreich theilgenommen. Am 6. Juni 1889 wurde durch Schiffe des Kreuzergeschwaders Saadani bombardirt. Hierbei deckte der Kreuzer „Möwe" die Landung der Wissmann'schen Truppe. Am Nachmittage dieses Tages zerstörten „Möwe"-Mannschaften im Verein mit Leuten des Majors von Wissmann Ubogi und Bagani. Bei der Einnahme von Pangani am 8. Juli deckte die „Möwe" durch ihr Geschützfeuer die Truppen Wissmann's. Beim Vorgehen auf Tanga am 10. Juli 1889 wurde der Matrose Hauschild schwer verwundet. Derselbe ist im Lazareth zu Zanzibar gestorben. Auch bei der Beschießung von Dar-es-Salaam war die „Möwe" betheiligt. Fünf Matrosen sind im Kampfe gegen die Araber gefallen, während einer auf der Heimreise starb und in das mittelländische Meer versenkt wurde. — Der Kreuzer erhielt eine Besatzung von 127 Mann, seine Armirung bestehe aus vier Stück 12-Centimeter Geschützen und sechzehn Revolverkanonen, die Fahrgeschwindigkeit beträgt zwölf Knoten.

Colonialpolitisches.

* Mit dem am 1. November fälligen Woermann-Dampfer „Adolf Woermann" ist der bisherige kaiserliche Commissar für Togogebiet, Zimmerer, wieder nach West-Afrika abgereist und damit anscheinend die im Gouvernement Kamerun seit längerer Zeit bestehende Uebergangszeit abgeschlossen. Schon bei der erfolgten Beurlaubung des Freiherrn v. Soden im Frühjahr bestand die Annahme, daß der kaiserliche Commissar Zimmerer wahrscheinlich dessen Nachfolger werden würde, und manches spricht dafür, daß seine Ernennung zum Gouverneur bald erfolgen werde. Der frühere bayerische Landgerichtsrath Zimmerer trat vor etwa drei Jahren in den Reichsdienst und wurde zum Kanzler in Kamerun ernannt; später, als das Berufs-Consulat Lagos errichtet und durch die Ernennung des Herrn v. Putlitzer dafür das Reichs-Commissariat für Togo frei wurde, kam Zimmerer auf diesen Posten. Als aber Anfangs dieses Jahres der Gouverneur des Kamerun-Gebietes aus dringenden Rücksichten auf seinen Gesundheitszustand einen Urlaub nahm, den man als einen völligen Abschied aus seiner bisherigen Stellung ansah, wurde Zimmerer mit der Vertretung des Gouverneurs betraut. Doch mußte er wegen seines körperlichen Zustandes auch im Frühjahre einen Urlaub nehmen und hat sechs Monate in Deutschland zugebracht. Mit seiner Ernennung zum Gouverneur für Kamerun wäre auch zugleich eine gewisse Bestätigung dafür gegeben, daß Frhr. v. Soden den in Aussicht genommenen Posten eines Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika erhalten wird. — Die endgiltige Berufung Zimmerer's auf den oberen Verwaltungsposten von Kamerun würde den zweiten Süddeutschen an jene Stelle bringen, da Frhr. v. Soden aus Württemberg stammt. Es ist das ein weiterer Beweis dafür, daß unsere Colonialpolitik und die ganze Colonialbewegung gerade in Süddeutschland die wärmsten Freunde und Anhänger gefunden hat, welche auch durch die That ihre Hinneigung zu erkennen geben. Unter den Beamten der Colonial-Gesellschaften sind die Süddeutschen stark vertreten und auch in der ostafrikanischen Schutztruppe bilden die süddeutschen Officiere einen erheblichen Procentsatz.

Socialdemokratisches.

Brüssel, 31. October. Die Socialisten haben beschlossen, in jedem Vorort der Hauptstadt, sowie in jedem Dorfe der Umgebung Brüssels eine Kundgebung noch vor dem 10. November abzuhalten. Außerdem sollen die verschiedenen Verbände in den einzelnen Stadtvierteln größere Versammlungen veranstalten. Der Verband der hiesigen socialistischen Vereine hat auf heute Abend die Parteigenossen zu einer Besprechung sämmtlicher Einzelheiten der verschiedenen Kundgebungen eingeladen, welche bekanntlich entsprechend den Beschlüssen des Congresses vom 14. September d. J. zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts kurz vor der Eröffnung der Kammern im ganzen Lande stattfinden sollen. Ein Aufruf in beiden Landessprachen soll an den Mauern Brüssels angeschlagen und in 50 000 Exemplaren unter der Menge vertheilt werden. Zu der letzten Kundgebung, welche am Montag, den 10., Tags vor Eröffnung der Kammern, hierselbst stattfinden wird, während die Umzüge in der Provinz auf Sonntag den 9. anberaumt sind, sollen sämmtliche nicht zur Arbeiterpartei gehörige demokratischen Vereine eingeladen werden; an derselben sollen sich Abordnungen der sämmtlichen socialistischen Ortsgruppen betheiligen. Am 9. Abends will eine Abordnung der Kundgebenden auf dem Rathhause empfangen werden, um den beiden liberalen Abgeordneten für Brüssel, Bürgermeister Buls und Paul Janson, eine der Kammer zu überreichende Verwahrung gegen das jetzige Wahlrecht zu überreichen. Dieser Entschluß, sich den gemäßigt-liberalen Buls zum Wortführer auszuerwählen, mag letzteren, der schon manches Hühnchen mit den Socialisten zu rupfen hatte, in nicht geringe Verlegenheit setzen.